

Bauernland in Spekulantenhand?

Bis jetzt gilt noch: Ein Nichtbauer kann in der Regel kein Agrarland in Vorarlberg kaufen. Dies ist im Grundverkehrsgesetz geregelt und hat sich bewährt. 2008 drohte die EU-Kommission das Bundesland Vorarlberg vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen. Begründung: Investitionen in der Region seien wegen "unverhältnismäßigen Beschränkungen" erschwert. Damit würde Vorarlberg gegen die EU-Vorschriften der Niederlassungsfreiheit und des freien Kapitalverkehrs verstossen. Offensichtlich möchten sich Nahrungsmittelkonzerne oder Banken mit Agrarland eindecken. Die Vorarlberger Regierung hielt dem Druck Stand und beließ das Gesetz. Dies verdient Achtung!

Im Sommer 2010 erfolgte das Urteil des Europäischen Gerichtshofs und gab Vorarlberg wegen Diskriminierung der (ausländischen) Investoren erwartungsgemäß nicht Recht. Vorarlberg wurde aufgefordert das "Vorarlberger Grundverkehrsgesetz" den Liberalisierungswünschen anzupassen. Leider wurde diese Änderung des Gesetzes in die Wege geleitet. Zu Beginn 2011 wird sie nun im Vorarlberger Landtag beraten.

Nach den verheerenden Folgen der Bankenkrise, die vielen Menschen in allen Ländern der Erde unsägliches und unnötiges Leid bereitet hat, sollte man eigentlich nicht mehr auf die Idee kommen, internationalen "Investoren" unser Bauernland zu verkaufen.

Würde der Klage des Europäischen Gerichtshofes Folge geleistet, bestünde die Gefahr, dass sich Heuschreckenkapital breit macht. Den Spekulanten würde Tür und Tor zum Schaden des Großteils der Bevölkerung geöffnet.

Gutgläubige meinen vielleicht, sie könnten dem Ausverkauf einen Riegel vorschieben, indem an den Landverkauf Bedingungen geknüpft werden:

- Würde an einen Verkauf die Bedingung geknüpft, dass ein Pachtvertrag mit einem Landwirt vorhanden sein muss, wäre dies für die Konzerne kein Hinderungsgrund, Agrarflächen zu kaufen und einen Bauern zu finden, der als Angestellter des Großkapitals seine Arbeit verrichtet. Dieser Hof wäre nicht mehr sein Hof.
- Würde im Gesetz verankert, dass die raumplanerische Widmung des landwirtschaftlichen Grundstückes für die nächste Zeit nicht geändert werden dürfe, würde dies die Konzerne ebenfalls nicht davon abhalten, ihr Geld in unserem Boden anzulegen. Wer den langfristigen Vorteil hat, ist wohl klar.

Ist das nicht eine Art Verkauf unserer Lebensgrundlagen? Wo bleiben dann die Vielfalt der kleinräumigen, bäuerlichen Betriebe und die Artenvielfalt? Im 2008 erschienenen Weltagrarbericht wurde richtig erkannt, dass die regionale Ernährungssouveränität eines jeden Landes einen sehr hohen Stellenwert hat. Die Landwirtschaft ist für jedes einzelne Land Teil der Ernährungssicherheit. Was bei uns in der Region wächst, ist am frischesten und am gesündesten. Selbstständig und eigenverantwortlich pflegt die bäuerliche Familie Tiere, Boden und Landschaft. Wollen wir Vorarlberger uns das nehmen lassen? Sollen wir zulassen, dass mit unserem Boden und dem Wasser spekuliert wird?

Was tun wir, wenn der neue Besitzer Gentechnik anpflanzt? Soll unser landwirtschaftlicher Grund verkauft werden, damit er von fremder Hand verwaltet wird? Da wären Bauern nur noch Angestellte des Großkapitals und wir hätten die diktierten Preise zu zahlen.

Auch wenn es für Bauern schwierig ist, von den Einnahmen aus ihrem Hof zu leben, dürfen wir das Land aufgrund mangelnder Rendite keinesfalls aus der Hand geben. Wie sieht es morgen aus? Bankanalytiker empfehlen, an der "Jagd nach Land" mitzumachen, weil "interessante Renditen" winken. So boomt das "Land Grabbing": In nur 9 Monaten, zwischen Oktober 2008 und Juli 2009, wechselten weltweit 46 Mio ha in den Besitz ausländischer "Investoren" und sind so der einheimischen Bevölkerung vorenthalten. Diese verkaufte Bodenfläche ist 5-mal so groß wie die Gesamtfläche Österreichs. In Vorarlberg gibt es mehr Grundeigentümer als Haushalte. Damit ist das Eigentum auf viele verteilt und deshalb nehmen dementsprechend viele auch ihre Verantwortung wahr. Dieser Schutz für die Bevölkerung darf nicht wegen unüberlegten kurzfristigen Renditedenkens verscherbelt werden.

Wenn ein Landwirt sich gezwungen sieht, seinen Hof mit Grund zu verkaufen, könnten sich Bürger vor Ort zusammenschließen: Jene, die dem nicht zuschauen wollen, könnten eine Genossenschaft gründen und so Bauernhöfe erhalten und fördern.

Offensichtlich haben sich kürzlich einige Wohlhabende und Industrielle trotz des bestehenden Grundverkehrsgesetzes mit landwirtschaftlichem Boden in Vorarlberg eindecken können; weitere Händler sind in Vorbereitung. Wurde und wird da etwa das Grundverkehrsgesetz umgangen? Dann müsste es nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar verschärft werden.

Wir verlangen von den Politikern aller Farben, dass sie sich für das Gemeinwohl ihrer Bürger einsetzen und das Land für unsere bäuerliche Landwirtschaft sowie für unsere Lebensmittelversorgung erhalten. So wie die vom Landtag beschlossene Energieautarkie brauchen wir auch eine Lebensmittelautarkie. Wie sonst soll gewährleistet sein, dass bei möglichen internationalen Katastrophen, Verkehrsproblemen und Versorgungsengpässen eine Lebensmittelversorgung gesichert ist? Wie sonst können wir gerüstet sein, wenn Sanktionen gegen Österreich ergriffen werden, weil wir nicht so tun, wie die neuen Feudalherren es wünschen?

Der Präsident der Vorarlberger Landwirtschaftskammer, Josef Moosbrugger, sieht ebenfalls die Gefahren einer Gesetzesliberalisierung, wenn er sagt: "Wir können hier nicht einfach klein beigeben und den Grundverkehr weiter öffnen. Sonst ist die Landwirtschaft, die für ihre Produktion auf landwirtschaftlichen Grund und Boden angewiesen ist, dazu verurteilt, mitzuerleben, wie Spekulanten, Geldanleger und die Kapitalkräftigsten in den Besitz der landwirtschaftlichen Gründe kommen und die Bauern als Bewirtschafter in ihrer Abhängigkeit stehen."

Alle sind eingeladen, sich Gedanken zu machen, was unternommen werden kann, um dieses Gesetz so zu belassen oder zu verschärfen, um den Schutz der Agrarflächen für die lokale Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Sprechen Sie mit Ihrem Bürgermeister, mit Landwirten, mit einem Landesrat, mit Ihren Nachbarn.

Viele Länder in der EU setzen die merkwürdigen "Urteile" des wirtschaftsliberalen EU-Gerichtshofs schon lange nicht mehr um. Österreich muss kein folgsamer EU-Musterschüler sein, sondern für die eigene Bevölkerung da sein und seinem Volke dienen.

Der Vorarlberger Landtag und die Vorarlberger Regierung sind aufgefordert, unsere Anliegen wirklich zu vertreten. Das Vorarlberger Grundverkehrsgesetz gehört nicht neoliberalisiert, sondern verschärft.

Für die Gruppe besorgter Bürger – Konsumenten und Bauern:

Claudia Jenny, Landstr. 36, 6971 Hard, cjenny@gmx.at, Tel./Fax: 05574/731 34

Benno Feldkircher, Eschlestr. 21, 6971 Hard, mototrans@a1.net, 0664/340 31 42

Ewald Kalb, Margarethendamm 10, 6971 Hard, 0664/113 68 07

Dipl.-Ing. Mario Kalb, Margarethendamm 10, 6971 Hard, m.kalb10@gmail.com

Dipl.-Ing. Fritz Danner, Hintere Achmühle 12, 6850 Dornbirn

Quellen:

- Unabhängige Bauernstimme, Dez. 2010, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
- Haus & Grund, Nr. 4, Aug. – Sep. 2010, Vorarlberger Eigentümervereinigung
- Haus & Grund, Nr. 6, Dez. 2010, Vorarlberger Eigentümervereinigung
- Bericht des LK-Präsidenten StR. Josef Moosbrugger an die Vollversammlung vom 17. Dezember 2010
- "Die Jagd auf Land hat bereits begonnen" in: <https://emagazine.credit-suisse.com/app/article/index.cfm?fuseaction=OpenArticle&aoid=284894&coid=162&lang=de>

Dieses Schreiben und die beiliegende Petition können Sie von www.wirmeinen.at herunterladen.

